



Noch mehr Lohn gefordert

Baselbieter Staatspersonal erhöht Lohnforderung. Der Grund sei der Anstieg bei den Krankenkassenprämien.

Tomasz Sikora

Da dürfte Finanzdirektor Anton Lauber (Die Mitte) leer geschluckt haben: Ende September läutete die Arbeitsgemeinschaft der Baselbieter Personalverbände (ABP) den Lohnherbst ein – und zwar mit voller Wucht. Insgesamt fünf Prozent mehr Lohn forderten die beim Kanton angestellten Polizistinnen, Lehrer und IT-Fachleute. Drei Prozent im Rahmen des Teuerungsausgleichs und weitere zwei Prozent als Realloohnerhöhung. Es wäre die erste Realloohnerhöhung für das Baselbieter Staatspersonal 2001.

Doch nun kommt es für den obersten Baselbieter Kassenwart noch dicker. Denn: Das Staatspersonal hat seine Forderungen zusätzlich erhöht. Das bestätigt Roger von Wartburg vom Baselbieter Lehrerverein, der Mitglied der ABP ist: «Die ABP hat ihre Forderung zum Teuerungsausgleich von Ende September erhöht. Wir fordern

neu total 3,3 Prozent Teuerungsausgleich.» Insgesamt werden also neu 5,3 Prozent mehr Lohn gefordert.

Krankenkassenprämien nicht berücksichtigt

Grund sind laut von Wartburg die Krankenkassenprämien: «In der Zwischenzeit ist eine starke Erhöhung der Krankenkassenprämien im Baselbiet um durchschnittlich etwa sieben Prozent bekannt geworden.» Von Wartburg verweist auf das Baselbieter Personaldekret. Dieses hält unter Paragraph 49 fest, dass für die Berechnung der Teuerung der sogenannte Landesindex der Konsumentenpreise angeschaut wird.

Es handelt sich dabei um einen vom Bundesamt für Statistik ermittelten Warenkorb mit den gängigsten von Privathaushalten konsumierten Gütern und Dienstleistungen. Auf dieser Grundlage wird die offizielle Teuerung berechnet. Für von

Wartburg ist diese Kenngrösse mangelhaft, denn: «Die Krankenkassenprämien sind nicht im erwähnten Landesindex enthalten.» Wenn der Kanton einen Kaufkraftverlust seiner Angestellten verhindern wolle, müsse er darum auch die stark steigenden Krankenkassenprämien berücksichtigen, so der Gymnasiallehrer.

Vergleichsweise niedrig blieb der Prämienanstieg mit 3,6 Prozent im Stadtkanton. Das ist überraschend, weil Basel-Stadt in der Vergangenheit zu den Spitzenreitern bei den Krankenkassenkosten gehörte. Auch das Personal in Basel-Stadt hat bereits angekündigt, dass es mehr Lohn vom Kanton fordert. Allerdings führt der Anstieg bei den Krankenkassenprämien hier zu keiner erhöhten Forderung, wie Jean-Michel Héritier, Präsident der Arbeitsgemeinschaft der basel-städtischen Staatspersonalverbände (Agst), auf Anfrage sagt: «Als wir die Verhandlungen begannen, war dieser für den Kanton Basel-Stadt bereits bekannt.»

Interessant: Im Stadtkanton wird darüber diskutiert, ob bestimmte Berufsgruppen im Vergleich zum gesamten Kantonspersonal eine zusätzliche Lohnerhöhung erhalten sollen. Allerdings sei diese Diskussion noch nicht abgeschlossen, so Héritier: «Die Agst wird vor Jahresende entsprechend kommunizieren.»